

Aktives Altern von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Stadt Hannover

Bevor ich etwas zur Lage der älteren Migrantinnen und Migranten in Hannover einbringe, möchte ich nur kurz meinen fachlichen Hintergrund aufzeigen: Da es selbst in Großstädten keine Tradition für einen Fachbereich Senioren oder ein Seniorenamt gibt, erklären sich die Aufgaben nicht von selbst.

Von der Zahl der Beschäftigten dominierend ist im Fachbereich Senioren der Stadt Hannover die stationäre Pflege in Pflegeheimen: Die Stadt hält an 7 Standorten insgesamt 670 Plätze für stationäre Pflege vor.

Für rund 2500 Menschen aus Hannover leisten wir zudem die benötigte Sozialhilfe in der stationären Pflege. In Ergänzung dieses eher auf stationäre Pflege ausgerichteten Teils gehören zum Fachbereich zwei Altenwohnanlagen mit insgesamt 118 Altenwohnungen, die nach heutigem Verständnis Service-Wohnen bieten.

In der Außenwahrnehmung eher dominierend für den Fachbereich ist der vielfältige Bereich, den man früher unter „Altenhilfe“ zusammenfasste. Diesen Begriff – wie auch den Begriff der „offenen Seniorenarbeit“ - verwenden wir heute kaum noch. Diesen Aufgabenbereich haben wir nicht nur dem Namen nach zum „Kommunalen Seniorenservice Hannover“ weiterentwickelt mit Sozialarbeit, Begegnungsstätten und Verstärkung durch rund 600 für den kommunalen Seniorenservice ehrenamtlich tätige Personen. Mit dem „Kommunalen Seniorenservice Hannover“ hält die Stadt auch eine Verwaltungseinheit vor, welche sich als verbindendes Element zwischen Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und sonstigen in der Seniorenarbeit Tätigen versteht.

Wir bilden daher ein stadtweites Netzwerk und daneben stadtbezirkliche Netzwerke für Senioren. In diesen Netzwerken arbeiten wir zum Beispiel auch mit der AWO in unterschiedlichsten Feldern zusammen. Wir sind überzeugt, nur im Miteinander aller beteiligten Träger größtmögliche Effizienz zu erreichen. Hierzu passt es hervorragend, dass die AWO als Veranstalterin dieses Workshops den Besuch bei zwei anderen Trägern, nämlich einer Einrichtung der Caritas und den Besuch bei Arkadas eingeplant hat.

Der Netzwerkgedanke hat in der Seniorenarbeit Konjunktur, wir alle wissen, dass es nützlich ist, im Alter auf tragfähige Strukturen zurückgreifen zu können. Dieses Fundament ist traditionell die Familie, ergänzt durch Nachbarschaft. Wir erkennen aber auch, dass diese Netzwerke ohne Pflege und Investition in den Bestand viele Lücken aufweisen. In der Stadt Hannover arbeiten wir daran, durch Organisation ehrenamtlicher Hilfen auch diese Netzwerke zu verstärken.

Nicht alle Senioren sind hilfebedürftig, sondern es gibt durchaus viele Senioren, die bereit und in der Lage sind, selbst auch für andere aktiv zu sein. Dies versuchen wir zu fördern, beispielsweise durch zwei Seniorenbüros in städtischer Trägerschaft

und finanzieller Unterstützung von vier weiteren Seniorenbüros in fremder Trägerschaft. Es sind hoch motivierte und kompetente ehrenamtlich tätige Senioren, welche in diesen Seniorenbüros eine ganze Palette von Leistungen für Senioren und mit Senioren bieten.

Mit dieser Einleitung bin ich auch schon fast mitten im Workshop-Thema. Ich darf es etwas fokussieren auf:

- Aktives Altern von älteren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Stadt Hannover.

Dazu möchte ich zunächst einige Begriffsklärungen vornehmen: Das Workshopthema spricht von „**älteren Menschen**“, das ist ein einerseits treffender, andererseits ein unscharfer Begriff. Wenn wir von Senioren sprechen, meinen wir zumeist Menschen ab 60 Jahren, nur mit einer solchen Zäsur kommt man auch zu statistisch auswertbaren Daten. Das 60. Lebensjahr geht ungefähr mit dem häufigen Ausscheiden aus aktiven Beschäftigungsverhältnissen einher, daher möchte ich trotz möglicher berechtigter Kritik diese Altersgrenze verwenden.

Die Zuwanderungsgeschichte beinhaltet bei der hier in Rede stehenden Altersgruppe, dass diese Menschen selbst aus anderen Staaten hierher gekommen sind, wobei man zumeist Migration vor 1949 ausblendet. Der heute gebräuchliche und weitere Begriff des „Menschen mit Migrationshintergrund“ ist insbesondere im Jugendbereich wichtig, kann hier aber vernachlässigt werden.

Wichtigste Migrantengruppen höheren Alters in Hannover sind:

- Menschen mit dem Rechtsstatus als Ausländerinnen und Ausländer aus verschiedensten Ländern
- Deutsche als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, vorwiegend aus Polen und den Ländern der ehemaligen UdSSR, die statistisch nur dann leicht zu erfassen sind, wenn sie noch die andere Staatsangehörigkeit behalten haben.
- Kontingentflüchtlinge (jüdischen Glaubens)
- Eingebürgerte ehemalige Ausländerinnen und Ausländer

Die Gesamtzahl der Migrantinnen und Migranten ab 60 Jahren in Hannover dürfte inzwischen bei deutlich mehr als 15.000 Personen liegen. Eine steigende Tendenz ist dabei absehbar.

Gekommen sind zuerst Arbeitsmigranten - zwischen 1955 und 1973 - auf Grund von Anwerbeabkommen mit den Herkunftsstaaten, zunächst aus Italien, sodann auch aus Spanien, verstärkt ab Mitte der 60er Jahre aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien, dazu weitere Mittelmeer-Anrainerstaaten, um nur die zahlenmäßig bedeutsamsten Gruppen zu nennen.

Diese Menschen hatten damals alle ein Alter zwischen 20 und höchstens 35 Jahren, haben oder erreichen nunmehr das Seniorenalter. Anfänglich kamen überwiegend männliche Personen, das Geschlechterverhältnis ist inzwischen aber durch auch weibliche Arbeitsmigranten und vor allem durch Familiennachzug ausgeglichener geworden. Gekommen sind ganze Familien als Spätaussiedler aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR, insbesondere ab 1989. Gekommen sind auch Kontingentflüchtlinge, vor allem aus Russland zur Stärkung hiesiger jüdischer Gemeinden. Diese waren häufig bei Einreise schon im fortgeschrittenen Alter.

Zahlenmäßig treten unter den Senioren in Hannover zwei Herkunftskulturen besonders hervor: Zum einen türkisch/muslimisch geprägt mit ca. 3000 Personen, zum anderen Menschen aus dem - vergrößernd ausgedrückt - russischen Sprachraum mit ca. 5000 Personen.

Zur Wohnsituation dieser Menschen in Hannover:

Feststellbar ist eine ungleiche Verteilung der (älteren) Migrantinnen und Migranten über das Stadtgebiet, deren Wohnungen sind eher orientiert zu den Industriestandorten, d.h. in den westlich und vor allem nordwestlichen Stadtteilen und in den Großsiedlungen aus den 70er Jahren. Zum Teil sind das auch Folgen ungünstiger Verteilwirkungen durch Belegrechtsbindungen. Als Gegenleistung für öffentliche Fördermittel beim Bau von Häusern konnte die Stadt den Vermietern der dortigen Wohnungen die Mieter zuweisen. Dies betraf vielfach auch Migrantinnen und Migranten. Da aber nicht die Einrichtung nur einer einzelnen Wohnung, sondern immer der Bau eines ganzen (Hoch-)Hauses gefördert wurde, konzentrierten sich diese Belegrechte; erst später gab es die Lockerung der Belegrechtsbindungen durch Tauschmöglichkeiten im Bestand der Wohnungsgesellschaften.

Die feststellbare Tendenz zur Segregation wurde zum Teil aber auch durch die Migrantinnen und Migranten selbst gewählt, man zog in die Nähe von Verwandten oder Bekannten.

Die Konzentration auf bestimmte Quartiere wurde teilweise dann zusätzlich begünstigt durch das Preisgefüge auf dem Wohnungsmarkt. Migrantinnen und Migranten gehörten zumeist zu den Einkommensschwächeren, suchten billigen Wohnraum, sind daher überproportional vertreten in den eher ungeliebten Wohnquartieren. In der kürzlich veröffentlichten Repräsentativbefragung zum „Leben und Wohnen im Alter“ in Hannover, an der über 7.300 Menschen - darunter 450 Migrantinnen und Migranten – durch Rücksendung ausgefüllter Fragebögen mitgewirkt haben, ist deutlich geworden, dass die älteren Migrantinnen und Migranten im Durchschnitt weniger mit ihrer derzeitigen Wohnsituation zufrieden sind als die vergleichbare deutsche Bevölkerungsgruppe.

Es gibt aber dazu leider nur sehr begrenzt Gegensteuerungsmöglichkeiten der Stadt.

Auch unter den älteren Migrantinnen und Migranten ist das Sprachproblem eine ganz besondere Barriere, z. B. bei Kontingentflüchtlingen, welche im fortgeschrittenen Alter gekommen sind: hier kommt Sprachförderung zu spät. Die Antwort der Bundesregierung im letzten Jahr auf eine große Anfrage zu Senioren in Deutschland zitiert eine wissenschaftliche Untersuchung, wonach - und dabei handelt es sich um eine Selbsteinschätzung der Befragten – sich ältere Türkinnen zu 100% nur geringe bis gar keine Deutschkenntnisse zuordnen.

Zu Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler: Nur die älteren Personen, insbesondere aus russischen Gebieten (Geburtsjahrgänge etwa vor 1932), konnten noch deutsch, mehr aber in Wort als in Schrift; erklärlich durch homogene deutsch geprägte Siedlungsgebiete und gemeinsame Zwangsumsiedlung innerhalb der UdSSR; die Deutsche Sprache wurde an die nächste Generation aber nur noch begrenzt weiter gegeben – behördlich wurde die Verwendung der Landessprache vorgeschrieben.

Selbst bei Arbeitsmigranten, auch der ersten Zeit, gibt es noch eine Reihe von Menschen, die trotz des langen Aufenthaltes in Deutschland deutsch nur

unzureichend beherrschen; vermutliche Ursache: Die Lebensplanung sah ursprünglich eine Rückkehr in das Heimatland vor, diese Rückkehr wurde immer weiter hinausgeschoben und schließlich statt Rückkehr der Familiennachzug forciert. Im Übrigen: In Hannover kann man auf Grund der großen Zahl auch in türkischer oder russischer Sprache den Lebensalltag durchaus bewältigen.

Bei türkischer Herkunft ist die muslimische Prägung ein zusätzliches kulturelles Hindernis, mit der eher christlich geprägten Aufnahmegesellschaft in Kontakt zu kommen. An dieser Stelle ist insbesondere das Engagement der AWO und des Vereins Arkadas zu loben, die AWO wie auch der Verein Arkadas leisten hier hervorragende Arbeit. Es ist daher kein Zufall, dass die AWO für ihre interkulturelle Seniorenarbeit mit dem 1. Preis ausgezeichnet worden ist.

Als Landeshauptstadt haben wir den Wert dieser Arbeit durchaus frühzeitig erkannt und seit mehreren Jahren jeweils mit einem finanziellen Beitrag unterstützt.

Die Gesundheit der älteren Migrantinnen und Migranten ist im Vergleich zur deutschen Bevölkerung schlechter, Hilfebedarf setzt in früheren Jahren ein, der Alterungsprozess ist insbesondere bei Männern um einige Jahre beschleunigt. Vermutliche Ursache: Ungünstige Arbeitsbedingungen und aus heutiger Sicht Mängel im Gesundheitsschutz bei früherer beruflicher Beanspruchung. Folge: Ein Pflegebedarf setzt tendenziell bei Migranten früher ein.

Was macht die Stadt?

Natürlich muss ich an dieser Stelle den Lokalen Integrationsplan der Stadt nennen, welcher die gesamte Palette der Integration aller Migrantinnen und Migranten in den Blick nimmt.

Herr Weil, der Oberbürgermeister der Stadt Hannover, hat dieses Thema auch mit hohem persönlichen Einsatz befördert. Im vergangenen Jahr waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus fast allen Teilen der Stadtverwaltung mit der Erarbeitung dieses Planes beschäftigt, aber mit der Planerstellung ist die Arbeit nicht vollendet, sondern bekommt erst die Zielrichtung. An der Umsetzung werden wir noch lange arbeiten müssen. In diesem Lokalen Integrationsplan wird ein Unterabschnitt auch den älteren Migrantinnen und Migranten gewidmet.

Ich möchte jetzt nicht alle darin formulierten Ziele und erkannten Handlungsfelder auflisten, nennen möchte ich nur das Oberziel für unsere gesamte Arbeit:

Die Menschen sollen auch im Alter in Hannover ein würdiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Dieses gilt selbstverständlich auch für Migrantinnen und Migranten.

Diesem Ziel untergeordnet gibt es diverse Angebote für Senioren – auch für Migrantinnen und Migranten.

Mit in der Regel ehrenamtlich geleiteten Clubs, Neigungsgruppen, Tagesangeboten, Ausflügen, Bildungsangeboten (Kursen), um nur einige Beispiele zu nennen, möchten wir die älteren Menschen aktivieren, Sinn stiften in der ehrenamtlichen Arbeit oder im Miteinander. So bilden sich auch zwischenmenschliche Kontakte, die besonders wichtig sind, gibt es doch gerade im Alter eine Tendenz zur Vereinsamung.

In der Seniorenarbeit haben wir den Nachteil, dass es kein allgemeines Gesetz gibt, welches – wie im Feld der Kinder- und Jugendhilfe – staatliche Aufgaben definierte.

Senioren werden als nicht so hilfebedürftig angesehen, sind es überwiegend auch nicht, sondern haben ihre Potenziale. Die negative Seite ist die, dass die Arbeit für Senioren ganz überwiegend der rechtlichen Kategorie „freiwilliger Leistungen“ der Stadt zugehört und in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte dort besonders gespart wird.

Aus diesem Grunde haben wir Mühe, mit relativ wenigen hauptamtlichen Kräften steigenden Anforderungen in der Seniorenarbeit genügen zu können. Wir setzen nicht zuletzt aus diesem Grund ergänzend viel auf ehrenamtliche Tätigkeit. Aber es fehlen uns Ehrenamtliche aus dem Kreis der Migrantinnen und Migranten.

Ehrenamt dieser Art ist entweder in den Herkunftskulturen nicht so in dieser Weise ausgeprägt wie bei uns oder solch gesuchte Aktive sind nur in geringer Zahl durch Migration zu uns gekommen. Sicher wird die Möglichkeit des bürgerschaftlichen Engagements auch von einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz begünstigt, die bei Migrantinnen und Migranten häufig nicht ganz so günstig gegeben ist. Wir erleben bei den Migrantinnen und Migranten hier eher den Rückzug in den Familienverband.

Unsere Bestandsaufnahme über das Stadtgebiet der bekannten Angebote für Migrantinnen und Migranten ist nur auf den ersten Blick erfreulich, bei näherer Betrachtung kommen auch ernüchternde Erkenntnisse zu Tage: Zwar kennen und größtenteils fördern wir als Stadt über 70 bekannte Gruppen und Angebote für ältere Migrantinnen und Migranten, davon aber mehr als die Hälfte in Richtung des russischen Sprachraumes, nur sechs in Richtung türkisch/muslimischer Prägung, in mehreren Stadtbezirken haben wir gar keine Angebote, weder von der Stadt, noch von freien Trägern.

Wir haben also relativ gute Verbreitung bei Beteiligung von Menschen aus dem russischen Sprachraum, dagegen kaum nennenswerte Kontakte zu türkisch/muslimisch geprägter Seniorenschaft. Insgesamt ist hier also noch viel zu tun.

Auch zu beobachten:

Die tatsächliche Nachfrage nach unseren Angeboten aus dem Kreis der Migrantinnen und Migranten ist – ich will nicht sagen: schlecht - , aber doch mindestens steigerungsfähig. Vielleicht liegt der unterproportionale Zulauf auch daran, dass öffentliche Verwaltung (Staat) aus der Erfahrung der Migrantinnen und Migranten (auch schon aus dem Herkunftsland) nicht als Hilfesystem wahrgenommen, sondern eher mit Zwang und mit Ordnungscharakter in Verbindung gebracht wird.

Auch hier können Verbände wie die AWO und freie Träger durchaus besonders gute Anlaufstellen für Migrantinnen und Migranten sein.

Dennoch wollen wir uns nicht entmutigen lassen:

Ich nenne Angebote in anderen Sprachen.

Wir begreifen auch Angebote in fremder Sprache als (ersten) Schritt zur Integration und als Chance, gewähren dafür Raum und Möglichkeiten. Die Einstellung von fremdsprachlich befähigten Sozialarbeitern bei der Stadt steht auf der Liste; derzeit haben wir – gezielt eingestellt – einen Sozialarbeiter russischer Herkunft, eine Stelle für eine Sozialarbeiterin / einen Sozialarbeiter türkischer Herkunft ist bewilligt und soll besetzt werden. Wir möchten die wahrnehmbare Segregation über derartige Mittler (haupt- und ehrenamtlich) auch im Seniorenbereich aufbrechen.

Das ist sicherlich ein längerfristiger Prozess – Beispiel: Seniorenbüro Roderbruch: Dort sind auch zwei sehr aktive Menschen aus dem Kreis der Migrantinnen und Migranten beteiligt, aber es ist schwierig, größere Kreise in die Gruppe der Migranten zu ziehen, selbst für diese Landsleute...

Wichtig aber ist der Abbau von Zugangsbarrieren zu dem für alle Senioren geöffneten Hilfenetz in der Stadt.

Ein weiteres Thema:

Nach und nach tritt auch bei Menschen aus dem Kreise der Migrantinnen und Migranten Pflegebedarf auf. Vielfach wird die Pflege in der Familie geleistet, erforderlichenfalls unterstützt durch Pflegedienste. Allein zehn ambulante Pflegedienste wenden sich ausgewiesener Maßen auch der Pflege älterer Migrantinnen und Migranten zu.

Für die stationäre Pflege bereitet die Stadt gerade eine Befragung aller Pflegeheime in der Stadt vor: Wir möchten vor allem gerne wissen, wie viele Migrantinnen und Migranten sich bereits in Pflegeheimen befinden und wie oft es zu Nachfragen aus dem Kreis der Migranten kommt, auch welcher Art Anfragen es sind, die an die Heime gerichtet werden.

Derzeit gibt es in Hannover nur ein Pflegeheim, in welchem sich Migrantinnen und Migranten sogar weitaus in der Mehrheit befinden, das Lola-Fischel-Haus in jüdischer Trägerschaft, in welchem sich vorwiegend Kontingentflüchtlinge aus dem russischen Sprachraum befinden.

Ein Haus mit auch muslimischer Ausrichtung ist zwar projektiert, aber noch nicht im Bau.

Wenn ich aus der Belegung der eigenen städtischen Pflegeheime Rückschlüsse ziehen kann, gibt es in den Heimen wahrscheinlich nur wenige Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Kreis der Migrantinnen und Migranten. Personell verfügen aber die meisten Häuser über eine ganze Reihe von Betreuungskräften mit Migrationshintergrund.

Ich konnte in meinem Beitrag nur einige Themen kurz anreißen und nicht vertiefen und möchte daher eher mit einem Appell schließen:

Ein Schritt zur Integration wäre es, wenn zusätzlich zu der institutionellen Arbeit jede Person jeweils an ihrem Platz, in ihrem Umfeld – einen Schritt auf nur eine Migrantin / einen Migranten zugehen würde. Das ist eine Aufgabe für uns alle, für jede einzelne Person. Gern zitiere ich den Spruch: Wir sind alle Ausländer – fast überall! Aus eigener Erfahrung kann ich zu solchem ersten Schritt nur ermutigen, ich selbst habe dabei nicht nur gelernt, sondern auch Freunde gewonnen.

Diesem internationalen Workshop
wünsche ich auch ein Stück Erfolg in dieser Richtung.

Wolfgang Strotmann
Landeshauptstadt Hannover
Leiter des Fachbereiches Senioren